

17. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion Die Linke

Bundratsinitiative für vollfinanzierte dreijährige Umschulung zur Erzieherin bzw. zum Erzieher ergreifen!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, sich auf Bundesebene im Rahmen einer Bundratsinitiative für die Schaffung der Voraussetzungen für eine durch die Bundesagentur für Arbeit komplett finanzierte dreijährige Umschulung zur staatlich anerkannten Erzieherin bzw. zum staatlich anerkannten Erzieher zu ergreifen.

Zielstellung ist ein vollwertiger und staatlich anerkannter Berufsabschluss ohne Abstriche in der Qualität der Ausbildung. Der Zugang zu einer vollfinanzierten Erzieherumschulung soll allen Interessierten offen stehen, die erwerbslos sind, die sich freiwillig dafür entscheiden und deren Eignung für den Erzieherberuf nachgewiesen ist.

Es ist weiterhin zu prüfen, wie Interessierte, die sich beruflich neu orientieren, ebenfalls im Rahmen einer dreijährigen Umschulung im Mangelberuf Erzieherin/Erzieher gefördert werden können.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31. Dezember 2013 zu berichten.

Begründung:

Der bundesweite Ausbau von Kitapazitäten erfordert gut qualifiziertes Fachpersonal. Bereits heute besteht ein erheblicher Fachkräftemangel. Platzkapazitäten können z.T. nicht ge-

nutzt werden, weil Pädagogen und Pädagoginnen für den Elementarbereich fehlen. Mittlerweile ist es durch Regelung des Senats möglich, dass Personal ohne pädagogischen Abschluss vollständig auf den Erzieherschlüssel angerechnet werden darf. Bis zum Jahre 2015 fehlen allein in Berlin bis zu 5.000 Erzieher/-innen. Dazu kommt ein wachsender Erzieher/-innenbedarf für den Ausbau der Schulen zu Ganztagschulen, für die Realisierung der Inklusion und im Bereich der sozialen Arbeit.

Um dem Mangel an Erzieher/-innen zu begegnen, hat der Senat neben einem Ausbau der Ausbildungskapazitäten auch die Möglichkeit des Quereinstiegs gefördert. Doch dieser Weg zum Erzieherabschluss ist mit hohen Hürden versehen. Die Nichtschülerprüfung erweist sich immer mehr als Sackgasse, und die berufsbegleitende Ausbildung fordert den Auszubildenden hohen persönlichen Einsatz ab. Viele der Kolleg/-innen arbeiten in den Kitas wöchentlich bis zu 28 Stunden zusätzlich zu ihrer schulischen Ausbildung. Hinzu kommt, dass die in Ausbildung Befindlichen mit dem Einkommen aus maximal 28 Stunden Erziehertätigkeit in den wenigsten Fällen ihren Lebensunterhalt bestreiten können. Sie sind gezwungen "aufzustocken". In den privaten Ausbildungseinrichtungen wird zudem im Regelfall Schulgeld fällig.

Eine komplett von der Bundesagentur für Arbeit finanzierte vollwertige dreijährige Umschulung zur staatlich anerkannten Erzieherin bzw. zum staatlich anerkannten Erzieher, die mit dem Abschluss der staatlichen Anerkennung endet, bietet optimale Voraussetzungen, einen zukunftssicheren Beruf unter verbesserten Bedingungen zu ergreifen. Mit dieser Möglichkeit des Zugangs zum Erzieherberuf soll die berufsbegleitende Ausbildung nicht ersetzt, sollen aber die Anstrengungen zur Fachkräftesicherung um ein wesentliches Element ergänzt werden.

Bisher finanziert die Bundesagentur für Arbeit eine Ausbildung, wenn noch kein Berufsabschluss vorliegt bzw. ist der Zugang zu einer zweiten Ausbildung/Umschulung nur dann förderfähig, wenn man im erlernten Beruf vier Jahre nicht gearbeitet hat. Wenn diese Voraussetzungen vorliegen, gilt die Förderung der Bundesagentur auch nur für maximal zwei Jahre.

Gespräche auf Bundesebene, ausgelöst durch die Debatten um Berufsalternativen für die in die Arbeitslosigkeit entlassenen "Schlecker-Frauen" haben die Agentur für Arbeit im Hinblick auf eine politisch angemahnte vollfinanzierte Erzieher-Umschulung veranlasst, die Länder aufzufordern, Abstriche an der Qualität der Ausbildung zum Erzieherberuf zu machen und/oder ein drittes Ausbildungsjahr aus den Landeshaushalten zu finanzieren. Beides ist inakzeptabel und weder im Sinne des Fachkräftegebots noch im Interesse einer nachhaltigen Arbeitsmarktpolitik.

Im Bereich der Altenpflege wurde die Vollfinanzierung einer dreijährigen Umschulung ermöglicht. Dies soll auch auf andere Mangelberufe ausgeweitet werden. Der Senat wird mit diesem Antrag aufgefordert, sich für eine bundesweit geltende Vereinbarung für eine vollfinanzierte dreijährige Ausbildung im Mangelberuf Erzieherin/Erzieher einzusetzen.

Berlin, den 14. Juni 2013

U. Wolf Möller
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke